

18.-20. Juni: Fest der Linken

Man kann schon von einer Tradition sprechen – es ist das dritte – im Verbund mit dem 52. ND-Pressfest. Die Veranstalter locken mit interessanten Angeboten vom 18. bis 20. Juni in die Kulturbrauerei. Geboten wird ein umfangreiches Programm auf mehreren Bühnen mit viel Musik und interessanten Gesprächen mit politischer Bundes- und Landesprominenz, nicht nur der LINKEN. Da wird u. a. der Frage nachgegangen „Wie weiter mit der LINKEN?“. Die Situation in Afghanistan wird ebenso Thema sein wie Rot-Rot in Berlin und Brandenburg. Ein Höhepunkt wird der Besuch von Angela Davis auf dem Fest und ihr Gespräch mit Gregor Gysi sein. Sehr zu empfehlen ist auch die Literaturwerkstatt mit Lesungen und Gesprächen mit bekannten Autoren wie z. B. Peter Sodann, Mathias Wedel, Edgar Most und Hilmar Thate. Und auch das Thema Fußball wird zu seinem Recht kommen. Dazu gibt es ein großes Kinderfest, über 50 Marktstände und ein Global Village mit vielen internationalen Initiativen, Organisationen und Vertretern linker Parteien.

Das komplette Programm ist zu finden:
http://die-linke.de/die_linke/termine/fest_der_linken_2010/

Fest der Linken



Foto: Daniel Wittmer

Gewählt auf dem Rostocker Parteitag: v. l. n. r. Parteivorsitzender Klaus Ernst, die stellvertretenden Parteivorsitzenden Katja Kipping, Halina Wawzyniak, Heinz Bierbaum und Sahra Wagenknecht sowie die Parteivorsitzende Gesine Löttsch. In den 44-köpfigen Vorstand wurden auch Ines Feierabend, Katina Schubert, Werner Schulten und Harald Werner aus dem Berliner Landesverband gewählt.

Ein Stadtwerk für Berlin

Die Idee zum Aufbau eines kommunalen Energieversorgers löst ganz unterschiedliche Reaktionen aus. Manche halten es für eine inhaltsleere Ankündigung, andere für eine Drohung und wieder andere für ein Heilsversprechen. Ein Teil dieser Reaktionen ist von Missverständnissen geprägt.

Es ist bisher auch noch nicht deutlich genug geworden, dass die Gründung eines Stadtwerkes Teil einer Gesamtstrategie ist, die der Versorgungssicherheit, dem Klimaschutz sowie der Sicherung des öffentlichen Einflusses auf die Entwicklung der Energiewirtschaft dienen soll. Berlin Energie – oder „VEB Ökostrom“, wie manche es nennen – bildet in dieser Gesamtstrategie einen Baustein. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Es geht um die Schaffung eines Unternehmens, das auch im Sinne unserer Idee der „kommunalen Mehrwert-Unternehmen“ vorhandene Ressourcen nutzt, bündelt und weiterentwickelt. Die öffentlichen Unternehmen Berlins haben in den letzten Jahren im Bereich erneuerbarer Energien einige Erzeugungskapazitäten aufgebaut, die sie bisher an Vattenfall verkaufen. Diese Potenziale wollen wir nutzen, um bereits bestehende oder zukünftige Erzeugungsanlagen im Einflussbereich des Landes Berlin technisch, energiewirtschaftlich und ökologisch zu optimieren.

Nicht zuletzt geht es auch darum, öffentliche Unternehmen in ihrer Wirtschaftlichkeit zu stärken und alle Glieder der Wertschöpfungs-

kette für die Unternehmen nutzbar zu machen. Berlin Energie ist somit für sich genommen keine Projekt der Rekommunalisierung, sondern eine Neugründung, die auf bisher schon vorhandenen Strukturen aufsetzt und sie gezielt in einem neuen Betätigungsfeld weiterentwickelt.

Essenzieller Teil jeder Gesamtstrategie zur Sicherung eines wirkungsvollen Einflusses der Politik auf die Weiterentwicklung der Energiewirtschaft sind die Netze.

Wer die strategische Entwicklung der Lebensadern der Strom- und Wärmeversorgung beeinflussen will, braucht Anteile, die Mitentscheidung ermöglichen.

Das Auslaufen der Konzessionsverträge für Gas und Strom in den nächsten Jahren ermöglicht hier Handlungsoptionen, um im Zusammenwirken mit anderen zu einer Partnerschaft mit den privaten Netzbetreibern zu kommen, die die erforderliche Augenhöhe in ihrer Miteigentümerschaft begründet. Die notwendige Dezentralität der Strom- und Gasnetze, der Umbau der Wärmeversorgungsnetze, all dies sind gesamtstädtische Aufgaben einer ökologisch verantwortlichen und nachhaltigen Energieversorgung. Hier können wir uns nicht darauf verlassen, dass Konzernstrategien und Kundenorientierung zufällig mit diesen gesellschaftlichen Interessen übereinstimmen. Hier braucht es kommunalen Einfluss.

■ Harald Wolf, Senator

Der ÖBS hat viele Gesichter

Mehr Bewegungsfreiheit für Flüchtlinge

Eine Lockerung der Residenzpflicht für Flüchtlinge in Berlin und Brandenburg ist möglich. Dies geht aus einem Gutachten hervor, das die Fraktion DIE LINKE beim Wissenschaftlichen Parlamentsdienst des Abgeordnetenhauses in Auftrag gegeben hatte. Zwar sei eine generelle Regelung zur Aufhebung der Residenzpflicht, die die Bewegungsfreiheit von Asylsuchenden und Geduldeten massiv beschneidet, nicht möglich. Dazu brauche es eine Aufhebung der bundesgesetzlichen Schranken. Allerdings können die Ausländerbehörden der Länder Erlaubnisse für das mehrmalige Verlassen des Aufenthaltsbereiches erlassen. Die Linksfraktion erwartet nun, dass die rechtlichen Spielräume entsprechend genutzt werden und die Innenverwaltungen aktiv werden.

Womacka-Wandbild gesichert

Angestoßen durch eine Anfrage der Linksfraktion hat die landeseigene Wohnungsbau-gesellschaft Mitte (WBM), die sich bereits beim Erhalt und der denkmalgerechten Sanierung des Hauses des Lehrers mit dem Wandfries von Walter Womacka verdient gemacht hat, von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben die Erlaubnis erhalten, das Wandbild am Haus des ehemaligen Bauministeriums zu bergen und „für ihre Zwecke zu verwenden“. Der ehemalige Kultursenator Thomas Flierl (DIE LINKE) appellierte an die WBM, nun auch „einen guten Ort im öffentlichen Stadtraum für das Wandbild zu finden und es recht bald zu sanieren und dort anzubringen“.

Gemeinschaftsschule zum Nachlesen

In aktualisierter Auflage erschienen ist ein Faltblatt der Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus zur Gemeinschaftsschule. Darin wird die Vorreiterrolle der an dem Pilotprojekt beteiligten Schulen für die in diesem Herbst beginnende Schulreform beschrieben. Danach entstehen anstelle der bisherigen Haupt-, Real- und Gesamtschulen flächendeckend integrierte Sekundarschulen.

DIE LINKE on tour bei Berliner ÖBS-Projekten

„Ich habe 36 Jahre als Schlosser gearbeitet, oft unter schwierigsten Bedingungen. Vor sechs Jahren habe ich meinen Job verloren – Firma pleite. Und jetzt soll ich für 1,50 Euro arbeiten?“ Dieter K. hat eine bewegte Berufskarriere hinter sich. Auf die Entlassung folgen Arbeitslosigkeit, eine ABM, ein Job in einer Zeitarbeitsfirma, ein Ein-Euro-Job. Jetzt arbeitet er im Treffpunkt für Flüchtlinge und SeniorInnen in der Zeughofstraße in Kreuzberg. Dort treffen sich die SeniorInnen aus dem angrenzenden Wohnheim, hierher kommen viele der zum Teil hoch traumatisierten Flüchtlinge aus dem Wohnheim nebendran. Dieter K. arbeitet mit sieben anderen ehemals Langzeitarbeitslosen im Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS). Das heißt: Sie haben vollwertige Arbeitsplätze mit Arbeitsvertrag, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Urlaubsanspruch und Tariflohn, mindestens aber 1300 Euro im Monat.

7500 Menschen sind derzeit im Berliner ÖBS beschäftigt. KünstlerInnen arbeiten z.B. in Schulen, andere arbeiten in Senioren-, Jugend- oder Frauenzentren, in der Nachbarschaftsarbeit und in Stadtteilzentren. Integration ganz praktisch machen die NachbarschaftsslotsInnen in der Düttmann-Siedlung in Kreuzberg oder im Mehrgenerationenhaus in Reinickendorf. Sie begleiten Menschen zu Ärzten, in die Schulen, zu Elternabenden, auf die Ämter. „Je länger wir hier arbeiten, desto mehr zeigt sich der Bedarf“, sagt eine Lotsin. Auch das Bezirksamt Reinickendorf greift mittlerweile auf ihre Arbeit zurück und fordert IntegrationslotsInnen an – nicht nur wegen Sprach-

problemen, sondern um Zugang zu einzelnen Familien zu bekommen.

Der ÖBS öffnet in Stadtteilzentren und -Treffs Möglichkeiten zu gesellschaftlicher Teilhabe. „Es gibt immer mehr SeniorInnen, die zu uns kommen. Sie brauchen Vertrauen und Geborgenheit“, berichtet Zygmont K. vom Sozialwerk des dfb. „Wenn wir als Personal ständig wechseln, kommen die alten Menschen nicht mehr.“ Das treibt sie in die gesellschaftliche Isolation. Das gilt auch für den Frauentreff in der Wuhlheide. „Unsere Besucherinnen brauchen uns“, sagt Sylvia D. Das hat sie mit ihren Kolleginnen und ÖBS-Beschäftigten anderer Projekte in offenen Briefen an Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen dargelegt.

Wir besuchen seit Monaten verschiedene ÖBS-Projekte. Die Tour hat uns gezeigt: Der ÖBS in Berlin hat viele Gesichter, viele Geschichten und viele engagierte Menschen. Eine Stadtgesellschaft, die den sozialen Zusammenhalt will, muss allen Menschen auch persönliche Perspektiven eröffnen. Wir brauchen den ÖBS aus gesellschafts- und integrationspolitischen Gründen genauso dringend wie aus arbeitsmarktpolitischen.

■ Elke Breitenbach, MdB,
arbeitsmarktpolitische Sprecherin

■ Katina Schubert, Mitglied des Parteivorstands

Weitere Informationen unter: www.von-arbeit-leben.de



Foto: Katina Schubert

Jugendverkehrsschule am Malchower Weg in Hohenschönhausen: In einem ÖBS-Projekt werden Hortklassen und Kindergartengruppen im Verkehrsgarten, aber auch bei Bastelnachmittagen sachkundig betreut. Durch dieses Projekt konnten die Öffnungszeiten erheblich erweitert und ein wichtiger Beitrag zur Verkehrserziehung geleistet werden.



Foto: DIE LINKE im Bundestag

Lesen gegen das Vergessen Alljährlich am 10. Mai erinnert DIE LINKE auf dem Bebelplatz an die Bücherverbrennung der Nazis 1933. Politiker_innen, Künstler_innen und Schüler_innen lesen aus Büchern von Autorinnen und Autoren, die verbrannt wurden. Petra Pau ist Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und gehört seit Jahren zu den ständigen Begleiterinnen der Veranstaltung. Da die Stimme der linken Politikerin an diesem Tag durch eine Erkältung nicht strapaziert werden konnte, sprang Rawan Suleiman, internationale Stipendiatin des Bundestages, aus Israel ein und las den Text von Stefan Doernberg über den Tag der Befreiung am 8. Mai 1945 mit Aufregung und Bravour.

Sozial geht nur mit uns

Rostocker Bundesparteitag der LINKEN erfolgreich beendet

Medial stand die Wahl einer neuen Parteiführung im Fokus des Bundesparteitages der LINKEN, der am 15./16. Mai in Rostock tagte.

Für die Partei selbst scheint mir jedoch der beschlossene Antrag wesentlich wichtiger zu sein. Unter der Überschrift „Für einen Politikwechsel – DIE LINKE stärken“ wurde ein umfangreiches Aufgabepaket des neuen Parteivorstandes beschlossen. Wir haben mittlerweile 25.500 neue Mitglieder. Das entspricht beinahe einem Drittel der gesamten Mitgliedschaft. Und wir wollen neue Mitglieder gewinnen. Darum muss sich nicht nur der Parteivorstand kümmern, sondern jeder Kreisverband. Eng damit verbunden ist die politische Bildungsarbeit, die wir auf allen Ebenen weiter stärken wollen.

Zentral wird in den nächsten zwei Jahren auch die Gesundheitskampagne sein, mit der wir die Einführung der Kopfpauschale verhindern und die Idee der solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung popularisieren wollen.

Die Partei wird über das Grundsatzprogramm debattieren. Sicherlich kontrovers, aber das kann ja auch einladend sein für Nichtparteimitglieder, sich an der Debatte zu beteiligen.

Eine ganz entscheidende Aufgabe sehe ich darin, die strategische Debatte zu führen. Ich bin sehr froh, dass ein entsprechender Änderungsantrag eine Mehrheit auf dem Parteitag gefunden hat. Es ist richtig, wenn es im Antrag heißt: „Es geht um einen gesellschaftlichen Diskurs zwischen den Parteien, Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Künstlerinnen

und Künstlern und anderen progressiven Kräften des linken und links-liberalen Spektrums. Zum Erringen von gesellschaftlichen Mehrheiten ist diese Debatte notwendig. Für konkrete Veränderungen bedarf es perspektivisch gesellschaftlicher Mehrheiten, aber auch anderer Koalitionsmehrheiten, die zumindest als Optionen auf dieser gesellschaftlichen Basis entstehen können.“ Hier dürfte auch die Berliner Landespartei gefragt sein, hat sie doch einiges an Erfahrungen einzubringen.

Und der Beschluss des Parteitages nimmt die nächsten sechs Landtagswahlkämpfe des kommenden Jahres in den Blick, die wir zu Abstimmungen gegen die unsoziale Politik der CDU-FDP-Bundesregierung machen wollen.

Der Parteitag hat auch eine neue Funktion geschaffen, Parteibildungsbeauftragte. Hier wird es darum gehen, die unterschiedlichen Erfahrungen und Einschätzungen, die nicht immer entlang der Ost-West-Linien verlaufen, miteinander zu verbinden. Denkbar wären zeitlich befristete Austausche von haupt- und ehrenamtlichen Funktionären in jeweiligen Partnerstädten. Und vielleicht wächst das gegenseitige Interesse füreinander ja auch, wenn es nicht um die große Politik geht, sondern um individuelle Lebensgeschichten und Prägungen.

Beschlüsse sind gefasst, jetzt kommt es darauf an, sie mit Leben zu erfüllen. Auf geht's.

■ Halina Wawzyniak, MdB, stellv. Parteivorsitzende

Bund & Land:

Dokumentiert:

**Wir sind alle Griechen!
Auf zu den Demonstrationen am
12. Juni in Berlin und Stuttgart!**

Beschluss der 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE in Rostock am 15. und 16. Mai 2010

Bereits einen Tag nach den Wahlen in NRW hat die Bundesregierung einen drastischen Sparkurs angekündigt. Obwohl sich die neoliberale Politik vor der Wirklichkeit blamiert hat, wird sie fortgesetzt. Nach wie vor lassen die Regierungen in Europa zu, dass die Banken und Investmentgesellschaften jetzt sogar gegen den Euro spekulieren können, nachdem sie zuvor Billionensummen gegen den Zusammenbruch des Finanzsystems aufgebracht haben.

An Griechenland soll ein Exempel für eine Kürzungspolitik statuiert werden, wie sie auch bei uns droht. Rentenkürzungen, Privatisierung öffentlicher Dienste, niedrigere Löhne, Entlassungen – so sieht das „Rettungsprogramm“ für Griechenland aus. Deutschland war mit Agenda 2010, Hartz IV und Rente ab 67 schon in den vergangenen Jahren Vorreiter des Sozialabbaus. Doch mit der Kopfpauschale und weiter sinkenden Einnahmen für Kommunen und Länder soll nun auch bei uns die Bevölkerung für die Krise zahlen. Der Widerstand in Griechenland – seit Februar fanden schon drei Generalstreiks statt – sollte deshalb Vorbild für uns sein und fordert unsere Solidarität. DIE LINKE ruft auf, an den bundesweiten Demonstrationen am 12. Juni in Berlin und Stuttgart teilzunehmen.

Wir demonstrieren:

- gegen die unsoziale Kopfpauschale
- gegen die Rente erst ab 67 Jahren
- für eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni
- für handlungsfähige Kommunen
- für die Regulierung der Finanzsysteme und die Vergesellschaftung der Banken
- für Solidarität mit den griechischen Kolleginnen und Kollegen!

Auf die Straße am 12. Juni!

Termine:

8. Juni
Reihe „mediatuesday@taz“
Recherchieren ist eine Zier, mehr verdient man ohne ihr!
Mit Christian Bommarius (Berliner Zeitung), Thomas Leif (Netzwerk Recherche), Daniel Schmitt (Wikileaks) und Steffen Grimberg (taz, Moderation)
19.30 Uhr, taz-Café,
Rudi-Dutschke-Str. 23, 10969 Berlin

11. Juni
Reihe „Europa von links“
Ein zweites Bankenrettungspaket – Griechenland am Ende
Mit Andreas Wehr
Kosten: 1,50 Euro
19 Uhr, Kopenhagener Str. 9,
10437 Berlin

12. Juni
Demonstration
**Wir zahlen nicht für eure Krise!
Gemeinsam gegen Erwerbslosigkeit,
Kopfpauschale und Bildungsabbau!**
12 Uhr, Rotes Rathaus, Berlin

15. Juni
Diskussionsabend des kommunalpolitischen forum e. V.
Frauen verdienen mehr – Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit
Mit Prof. Dr. Friederike Maier, Dr. Karin Tondorf und Staatssekretärin Almuth Nehring-Venus (Moderation)
19 Uhr, Hochschule für Wirtschaft und Recht, Badensche Str. 50–51,
10825 Berlin, Raum 512. Anmeldung bis 10.6. an 030/91426976 oder
kommunalpolitisches.forum@berlin.de

26. Juni
Zehn Jahre „Salon interkulturell“
Zwischen den Welten zu Hause – Momentaufnahmen aus dem multikulturellen Berliner Alltag
Kosten: 1,50 Euro
Kartenreservierung: 030/40638690
9.30 Uhr, Studiobühne Alte Feuerwache,
Marchlewskistr. 6, 10243 Berlin

29. Juni
Ordnung auf Deutsch
Deutsche Polizisten in Afghanistan – ein gescheiterter Herrschaftsversuch
Mit Martin Handtke, Frank Brendle, Frank Tempel (MdB) und Gerit Ziegler (Moderation)
Kosten: 1,50 Euro
19 Uhr, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

Impressum:

DIE LINKE.
Landesvorstand Berlin
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60
E-Mail: lv@die-linke-berlin.de
V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin
Titel & Gestaltung: WARENFORM
Druck: Druckerei Bunter Hund
Redaktionsschluss: 26. 5. 2010

Kalenderblatt: 28. Juni 1840

Fröbel eröffnet den ersten Kindergarten

1840 fand im heutigen Thüringen ein erst viel später gebührend beachteter Vorgang statt, der die Vorstellungen über die Betreuung und Erziehung von Vorschulkindern in Deutschland völlig über den Haufen warf. Es war der Reformpädagoge Friedrich Wilhelm August Fröbel, der gegen riesige Widerstände einen Prozess in der Kindererziehung einleitete, der bis heute nichts an Aktualität verloren hat. Fröbel schuf den ersten deutschen Kindergarten. Die Gründungsveranstaltung des „Allgemeinen deutschen Kindergartens“ fand am 28. Juni 1840 im Bad Blankenburger Rathaussaal statt. Im Anschluss wurde von Fröbel die Erzieherinnenausbildung professionalisiert. Noch heute wird Fröbel als Vater des Kindergartens geschätzt. Seine pädagogischen Grundgedanken in der Kinderbetreuung waren auf die ganzheitliche Erziehung des Kindes gerichtet, indem er die Erziehung der Kinder vor allem als Hilfe zur Selbstentfaltung sah. Im Zentrum standen dabei immer die Berücksichtigung der kindlichen Bedürfnisse und die Einbeziehung der Eltern als Erziehungspartner. Fröbel stellte das Spiel als Haupttätigkeit des Kindes ins Zentrum seiner frühkindlichen Förderung. Vieles, was er auf den Weg gebracht hat, ist auch heute noch für unsere Vorstellungen über frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung wegweisend. Für Fröbel war der Kindergarten für die Kinder eine Werkstatt für soziales Lernen,

heute ist die Kindertagesstätte eine Bildungseinrichtung für alle Kinder. In Berlin besuchen mehr als 110.000 Kinder eine Kindertagesstätte. In vielen Einrichtungen öffentlicher und freier Trägerschaft wird das Berliner Bildungsprogramm mit unterschiedlichen pädagogischen Konzepten in hoher Qualität umgesetzt. Die Sicherung des Rechtsanspruchs zum Besuch des Kindergartens für alle Kinder sowie die schrittweise Einführung der Kostenfreiheit des Kitabesuchs sind Kernpunkte Berliner Landespolitik. Das Abgeordnetenhaus hat noch weitere Verbesserungen für die Arbeit in den Kindertagesstätten beschlossen. Die Personalausstattung wurde erweitert und die finanzielle Grundlage für die Arbeit in den Kindertagesstätten insgesamt verbessert. Vergleicht man die Bedingungen für die frühkindliche Förderung Berliner Kinder mit denen anderer Bundesländer, kann man sachlich feststellen, dass Berlin vielfach Vorreiter ist. Das betrifft den Rechtsanspruch, den Zugang überhaupt zu einer Kita, das moderne Bildungsprogramm, die Höhe der Kitakosten für die Eltern, das warme Mittagessen für die Kinder und die Personalausstattung. Fröbel wäre vermutlich sehr stolz auf Berlin.

■ Margrit Barth, MdA, kinder- und familienpolitische Sprecherin

SERVICE

INTERNATIONALE KONFERENZ
9. UND 10. JULI 2010 | BERLIN

METROPOLEN POLITIK

PRAXIS | KRITIK | PERSPEKTIVEN

MIT TOM ANGOTTI, AYSE CAVDAR, SAFTER CINAR,
MICHAEL EDWARDS, DOV KHENIN, HOLGER LAUINGER,
KLAUS LEDERER, MICHAIL NELKEN, STAVROS STAVRIDIS,
HILARY WAINWRIGHT, ROB ROBINSON U.V.A.

EXROTAPRINT GOTTSCHEDSTR. 4 | 13357 BERLIN-WEDDING
EINTRITT 5 EURO PRO TAG (INKL. VERPFLEGEUNG)
INFORMATIONEN IM INTERNET
WWW.ROSALUX.DE/SHORTURL/METROPOLENPOLITIK
METROPOLENPOLITIK.WORDPRESS.COM